
Herrn
Bezirksverordneter
Alexander Freitag

Eingang: 05.02.2013
Weitergabe: 05.02.2013
Fälligkeit: 20.02.2013
Beantwortet: 27.03.2013
Erledigt: 12.04.2013

Eingereicht durch:

Freitag, Alexander
Fraktion der Piraten

13 April 13

Betr.: Fortschritte bezüglich des Gedenkzeichens Niederkirchner Straße

Sehr geehrter Herr Freitag,

auf Ihre Kleine Anfrage überreiche ich Ihnen die beiliegende Antwort des Bezirksamtes.

Mit freundlichen Grüßen



Diethard Rauskolb
Bezirksverordnetenvorsteher

Bezirksamt Mitte von Berlin

Abteilung Weiterbildung, Kultur Umwelt und Naturschutz
Bezirksstadträtin



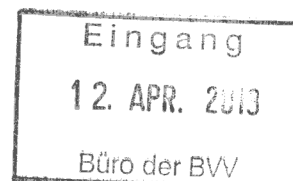
Bezirksamt Mitte von Berlin, 13341 Berlin (Postanschrift)

Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin
Fraktion der Piraten
Herrn Bezirksverordneten Freitag

über
Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung

und
Bezirksbürgermeister

Dienstgebäude:
Mathilde-Jacob-Platz 1
10551 Berlin



Geschäftszeichen	Bearbeiter/in	Zimmer	Telefon	Datum
BiKu 5	Frau Sittner-Hinz		extern 460601922	27. März 2013
Bei Antwort bitte angeben			Telefax 460601929	
			E-Mail kerstin.sittner-hinz@ba-mitte.berlin.de	

Kleine Anfrage, DS 0413 / IV - Fortschritte bezüglich des Gedenkzeichens Niederkirchner Straße“

Sehr geehrter Herr Bezirksverordneter Freitag,

Sie schicken Ihrer Kleinen Anfrage folgende Bemerkung voraus:

Der „Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V.“ engagiert sich seit Jahren für eine Gedenktafel zur Würdigung der Zivilcourage des Krakauer Sprachwissenschaftlers Vilim Francic, welcher während der NS-Zeit in der damaligen SS-Zentrale erfolgreich die Freilassung seiner Kollegen aus dem KZ Sachsenhausen erwirken konnte. Standort der Gedenktafel soll der nördliche Bürgersteig in der Niederkirchner Straße an den Gebäuden des Bundesministeriums für Finanzen sein.

Auf Nachfrage des BV Herrn Böttrich (Drucksache 0409/III) erklärte das Bezirksamt im Oktober 2010, dem Vorhaben des Vereins „wohlwollend“ gegenüber zu stehen. Es äußerte jedoch in der oben erwähnten Drucksache, die Anbringung einer Gedenktafel nach vorher erfolgter Prüfung ablehnen zu müssen.

Ich frage deshalb das Bezirksamt:

1. Aus welchen Gründen wurde der Antrag auf Anbringung einer Gedenktafel an den Gebäuden des Bundesministeriums für Finanzen (nördlicher Bürgersteig in der Niederkirchner Straße) seitens des Grünflächenamtes Mitte abgelehnt?

Zu 1.:

Hierzu teilt das Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt der Abteilung Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung auf Nachfrage mit:

„Zu damaligen Zeitpunkt lagen dem Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt keine prüf-fähigen Unterlagen vor. Aus diesem Grund musste der Antrag versagt werden. Mit Schreiben vom 21.10.2009 wurde der Verein aufgefordert, einen konkreten Antrag mit entsprechenden detaillierten Angaben zum Standort und Ausführung der Gedenktafel vorzulegen. Auf dieses Schreiben erfolgte bis zum heutigen Tage keinerlei Reaktion“.

2. Welche „einzubeziehenden Institutionen“ (Drucksache 0409/III, siehe Antwort auf Frage Nr. 2) müssten Ihre Zustimmung zu dem oben genannten Vorhaben erteilen?

Zu 2.:

Das Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt wegen der ggf. zu erteilenden Erlaubnis zur Sondernutzung öffentlichen Straßenlandes bei Aufstellung einer Litfaßsäule, das Bundesministerium der Finanzen als Eigentümer wenn eine Gedenktafel angebracht werden soll und die AG Geschichte des Ausschusses für Bildung, Kultur und Umweltschutz der BVV.

2 a: Welche dieser „einzubeziehenden Institutionen“ haben bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu dem Vorhaben Stellung genommen? Bitte fassen Sie kurz den wesentlichen Inhalt dieser Stellungnahmen zusammen!

Zu 2 a:

Tiefbau- und Landschaftsplanungsamt der Abteilung Stadtentwicklung. Siehe Antwort zu 1.

Ehemaliger Ausschuss für Bildung und Kultur (III. Wahlperiode) befürwortete das Vorhaben ohne inhaltliche Detailerläuterung im Schreiben an den Verein zur Völkerverständigung mit Mittel-, Süd- und Osteuropa e.V. vom 19.3.2009.

2 b: Von welcher dieser „einzubeziehenden Institutionen“ steht eine Stellungnahme bisher aus?

Zu 2 b:

Bundesministerium für Finanzen.

2 c: Sind dem BA die Gründe für das Ausbleiben der Stellungnahme bekannt bzw. ist das BA bisher mit abermaligen Bitten um Stellungnahme an diese Institutionen herangetreten?

2 d: Falls wiederholte Bitten gestellt wurden, wie reagierten die betreffenden Institutionen auf diese?

Zu 2 c und 2 d:

Da das Bezirksamt zu keinem Zeitpunkt aufgrund des Nichtvorliegens eines prüffähigen Antrages des Vereins die einzubeziehenden Institutionen um Stellungnahme gebeten hat, können dem Bezirksamt demzufolge keine Gründe für das Ausbleiben bekannt sein. Aus demselben Grund ist das Bezirksamt folgerichtig zu keinem Zeitpunkt mit der Bitte um Stellungnahme an die genannten Institutionen herangetreten.



Sabine Weißler

Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Kultur,
Umwelt und Naturschutz